

*Jürgen John*

## Zur politischen Rolle der Großindustrie in der Weimarer Staatskrise

### Gesicherte Erkenntnisse und strittige Meinungen

Das Verhalten großindustrieller Führungsschichten während der deutschen Staatskrise 1930 bis 1933 bildet seit langem den Gegenstand heftiger Kontroversen um die Gründe der NS-Diktatur und des Scheiterns der Weimarer Republik. Zwar bestanden hier keine zwangsläufigen Zusammenhänge. Weder mußte der Untergang der Weimarer Republik unvermeidlich zum Machtantritt des Nationalsozialismus führen noch läßt sich nachweisen, daß die Mehrheit der Großindustriellen beides durchweg beabsichtigte oder bewirkte. Doch waren diese Vorgänge engstens miteinander verbunden und die Wirtschaftseliten selbst dann, wenn sie nicht zu den unmittelbaren Akteuren des einen oder anderen Dramas gehörten, durch ihre gesellschaftliche Stellung in sie verstrickt.

Darüber gingen aber – etwa in den Fischer-, Mason-, Turner-, Abraham- und Borchardt-Kontroversen – die Meinungen ebenso auseinander wie über die Kontinuität und die gesellschaftlichen Hintergründe politischer Machtstrukturen. Oft standen sich – wie etwa im Streit um den Primat der Wirtschaft oder der Politik – die Gegenpositionen geradezu unversöhnlich gegenüber. Mitunter spitzten sie sich bis zur Behauptung einer politisch all- oder ohnmächtigen, an der Zerstörung der Republik, am Aufstieg Hitlers und den Weltkriegen haupt- oder unschuldigen Großindustrie zu. Dabei goß namentlich die marxistische Forschung mit ihrem unbedingten Willen zur Kapitalismuskritik Öl ins Feuer. Zwar haben sich die Gegensätze schon seit längerem relativiert. Die Extrempositionen sind differenzierten Ansichten gewichen. Und die Umbrüche seit dem Herbst 1989 helfen erst recht, auf den sachlichen Kern der Probleme zu kommen. Doch bleiben genügend offene Fragen, die es geraten erscheinen lassen, das scheinbar so gründlich durchdiskutierte Thema nicht aus den Augen zu verlieren.

Dazu veranlassen auch die wiederauflebenden „Sonderweg“-Debatten, die Forschungstrends und der allgemeine Paradigmenwechsel von sektoralen und periodenspezifischen zu komplexen und zäsurübergreifenden Fragestellungen. Aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln haben etwa die Weltkriegs- und Eliteforschung<sup>1</sup>, Unter-

<sup>1</sup> Vgl. z. B. *Wilhelm Deist, Manfred Messerschmidt, Hans-Erich Volkmann, Wolfram Wette, Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges* (Frankfurt a. M. 1989); *Die deutschen Eliten*

suchungen zur „sozialen Rationalisierung“<sup>2</sup> und vielfältige unternehmens- und branchengeschichtliche Forschungen das Kontinuitätsproblem und die Frage nach Unternehmensstrategien, Modernisierungswegen, Handlungsspielräumen und Alternativmöglichkeiten neu gestellt. Das betrifft die Rolle der Großindustrie in jenen „Krisenjahren der klassischen Moderne“<sup>3</sup> im allgemeinen wie ihre politische Rolle in der Weimarer Staatskrise im besonderen und damit das hier – gestützt auf Untersuchungen über die industriellen Spitzenverbände<sup>4</sup> – zu erörternde Thema.

Linke Kapitalismuskritiker machten schon in den 20er und 30er Jahren und später in der Tradition von Dimitroffs Definition des Faschismus als terroristischer Diktatur bestimmter Kreise des Finanzkapitals oder Horkheimers Ausspruch, daß vom Faschismus schweigen solle, wer vom Kapitalismus nicht rede, die Großindustrie für den Weg in die Diktatur und in den Krieg verantwortlich. Die Weimar- und Faschismusforschung der DDR hat sich durchweg und meist sehr einseitig um den empirischen Nachweis solcher Zusammenhänge bemüht. In dieser Perspektive erschienen die Weimarer „Republik auf Zeit“<sup>5</sup> vorwiegend als Vorgeschichte von faschistischer Diktatur und Zweitem Weltkrieg, der Nationalsozialismus hingegen als extremste Variante einer aus dem Verfall der bürgerlichen Gesellschaft und der Abwehr des Sozialismus resultierenden allgemeinen Faschisierungstendenz. Das NS-Regime stellte sich als mehr oder weniger gesetzmäßiges Produkt von Monopolkapitalismus, Imperialismus, Konterrevolution und Revisionspolitik dar. Trotz aller Lockerungen waren solche, auf Lenins Imperialismus-Konzept, auf zeitgenössische Komintern-Urteile und Dimitroffs Faschismus-Formel zurückgehende Ansichten noch in den 80er Jahren in der DDR-Historiographie verbreitet<sup>6</sup>.

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 215*

und der Weg in den zweiten Weltkrieg, hrsg. v. Martin Broszat u.a. (Beck'sche Reihe 401, München 1989); im folgenden zitiert: Die deutschen Eliten.

<sup>2</sup> Vgl. z.B. *Tilla Siegel*, Leistung und Lohn in der nationalsozialistischen „Ordnung der Arbeit“ (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin 57, Opladen 1989); *Carola Sachse*, Siemens, der Nationalsozialismus und die moderne Familie. Eine Untersuchung zur sozialen Rationalisierung in Deutschland im 20. Jahrhundert (Hamburg 1990).

<sup>3</sup> Vgl. *Detlev J. K. Peukert*, Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne (edition suhrkamp 1282, Frankfurt a. M. 1987).

<sup>4</sup> Vgl. u.a. *Jürgen John*, Industrieverbände und Politik. Entwicklungstendenzen im kapitalistischen Deutschland bis 1933, in: *ZfG* 34 (1986) 976–991; ders., Die sozialpolitische Rolle der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände während des ersten Weltkrieges, in: *JbG* 34 (Berlin 1987) 249–280; ders.: Kontinuität und Wandel in Politik und Organisation der deutschen Industrieverbände 1917 bis 1919, in: *Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte* 51 (1987) 12–21; Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945). In vier Bänden, hrsg. v. *Dieter Fricke* u.a., Bd. 2 (Leipzig 1984) 136–156; Bd. 3 (Leipzig 1985) 670–680; Bd. 4 (Leipzig 1986) 9–57, 322–343 sowie Anm. 26, 29.

<sup>5</sup> Vgl. *Wolfgang Ruge*, Weimar – Republik auf Zeit (Berlin 1980).

<sup>6</sup> Vgl. u.a. Faschismus Forschung. Positionen. Probleme. Polemik, hrsg. v. *Dietrich Eichholz*, *Kurt Gossweiler* (Berlin 1980); *Kurt Gossweiler*, Kapital, Reichswehr und NSDAP 1919–1924 (Berlin 1982); ders., Aufsätze zum Faschismus. Mit einem Vorwort von Rolf Richter (Berlin 1986); *Kurt Pätzold*, *Manfred Weißbecker*, Hakenkreuz und Totenkopf. Die Partei des Verbrechens (Berlin 1982); *Jürgen John*, Die Faschismus-„Kritik“ in der Zeitschrift „Der Arbeitgeber“.

Die entgegengesetzte Position brachte Henry A. Turner mit den Aussagen auf den Punkt, daß, ließe sich tatsächlich der kapitalistische Ursprung von Faschismus und NS-Regime nachweisen, der Kapitalismus nicht zu rechtfertigen sei<sup>7</sup>; in Wahrheit könnte aber von einem entscheidenden Anteil der Großindustrie am Aufstieg Hitlers und an den politischen Entscheidungen der Jahre 1930 bis 1933 keine Rede sein<sup>8</sup>. Mit diesem Urteil stand er nicht allein. Wie er meinten viele Historiker, daß die Einstellungen und Handlungen wirtschaftlicher Interessengruppen im Vergleich zu den Strukturdefekten der Weimarer Demokratie oder zu den Massenstimmungen und -bewegungen gering wogen<sup>9</sup>.

Zu ganz anderen Befunden kamen die wirtschafts-, sozial- und strukturgeschichtlichen Spezialforschungen. Sie wiesen einen beträchtlichen Anteil auch und gerade der industriellen Interessengruppen und -verbände am Untergang der Weimarer Republik und den Folgen nach<sup>10</sup>. Vor allem machten sie die Intransigenz, mangelnde Kompromißbereitschaft, Zoll- und Autarkiepolitik der Schwerindustrie dafür verantwortlich. Dabei konstatierten sie – wenn auch nicht mehr so entschieden und insgesamt differenzierter als seinerzeit Fritz Fischer<sup>11</sup> – viele Gemeinsamkeiten mit den Agrariern und eine beträchtliche Kontinuität elitärer Machtstrukturen und Politikkonzepte. Auch andere Historiker haben solche Bezüge und die insgesamt verhängnisvolle Rolle

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 216*

Zur Politik der Spaltenverbände der deutschen Monopolbourgeoisie 1923/24–1932, in: ZfG 30 (1982) 1072–1986; Wolfgang Ruge, Das Ende von Weimar. Monopolkapital und Hitler (Berlin 1983); Der Weg in den Krieg. Studien zur Geschichte der Vorkriegsjahre (1935/36 bis 1939), hrsg. v. Dietrich Eichholz, Kurt Pätzold (Berlin 1989).

<sup>7</sup> Henry A. Turner jr., Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft (Göttingen 1972) 7.

<sup>8</sup> Vgl. ders., Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers (Berlin 1985) 405–426; im folgenden zitiert: *Turner, Großunternehmer*.

<sup>9</sup> Vgl. Hagen Schulze, Das Scheitern der Weimarer Demokratie als Problem der Forschung, in: Weimar. Selbstpreisgabe einer Demokratie. Eine Bilanz heute. Kölner Kolloquium der Fritz Thyssen-Stiftung Juni 1979, hrsg. v. Karl Dietrich Erdmann, Hagen Schulze (Düsseldorf 1980) 23–41.

<sup>10</sup> Vgl. aus der Fülle der Literatur u.a. den Sammelband Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Verhandlungen des Internationalen Symposiums in Bochum vom 12.–17. Juni 1973, hrsg. v. Hans Mommsen, Dietmar Petzina, Bernd Weisbrod (Düsseldorf 1974) sowie die neueren Monographien von Bernd Weisbrod, Schwerindustrie in der Weimarer Republik. Interessenpolitik zwischen Stabilisierung und Krise (Wuppertal 1978); im folgenden zitiert: *Weisbrod, Schwerindustrie*; Reinhard Neebe, Großindustrie, Staat und NSDAP 1930–1933. Paul Silverberg und der Reichsverband der Deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 45, Göttingen 1981); im folgenden zitiert: *Neebe, Großindustrie*; Michael Grübler, Die Spaltenverbände der Wirtschaft und das erste Kabinett Brüning. Vom Ende der Großen Koalition 1929/30 bis zum Vorabend der Bankenkrise 1931. Eine Quellenstudie (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 70, Düsseldorf 1982); Gerald D. Feldman, Irmgard Steinisch, Industrie und Gewerkschaften 1918–1924. Die überforderte Zentralgemeinschaft (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 50, Stuttgart 1985); vgl. auch Anm. 15, 19, 23, 29, 43, 45, 49.

<sup>11</sup> Vgl. Fritz Fischer, Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871–1945 (Düsseldorf 1979).

„traditioneller Machteliten“ aus Politik und Wirtschaft hervorgehoben<sup>12</sup>. Dabei hatten sie vor allem die Erb- und Traditionslast des „deutschen Sonderweges“ und jene Industriellen- und Agrariergruppen im Blick, die aus einer konservativen und elitären Ge- sinnung zu Totengräbern der Republik und Wegbereitern Hitlers und so gewissermaßen zu Opfern eigener Politik wurden.

Denn zweifellos erwies sich die Absicht „alter Eliten“, ihre Ziele und Interessen auf autoritärem Wege und notfalls auch mit Hilfe der NS-Bewegung durchzusetzen, als ein katastrophaler Irrtum. Sie verhalfen so Hitler zur Macht, ohne ihn in beabsichtigter Weise für ihre Ziele „einspannen“, „einrahmen“ oder „zähmen“ zu können<sup>13</sup>. Das Regime bewies seine Eigendynamik selbst in der Zusammenarbeit mit diesen Eliten, erst recht natürlich dann, wenn es zu verdeckten oder offenen Konflikten kam. Und dieses Spannungsverhältnis hatte in der Staatskrise der Weimarer Republik seine unmittelbare Vorgeschichte. Damals gewannen die bis dahin – von den Krisensitu- ationen 1922/23 und 1926/27 abgesehen – eher spärlichen Kontakte zur NSDAP seit deren spektakulärem Wahlerfolg vom September 1930 an Dichte. Sie blieben aber – wie Turner nachwies – von erheblich mehr Differenzen belastet, als die Verfechter der These, die Großindustrie habe Hitler gezielt an die Macht gebracht, wahrhaben wollten.

Die Vorgeschichte und Praxis des Regimes bestätigen keineswegs eine solche Vor- stellung, aber auch nicht die entgegengesetzte Auffassung, die seine Bezüge zur bür- gerlichen Gesellschaft und kapitalistischen Wirtschaft mit ihren Klassen-, Macht- und Eigentumsverhältnissen bestreitet. Das Regime leitete sich nicht zwangsläufig aus den damaligen sozialen und politischen Gegensätzen, aus der Kontinuität gesellschaftli- cher Strukturen, aus langfristigen Expansions- und Diktaturplänen oder revisionisti- schen Strategien ab. Doch stand es auch nicht völlig außerhalb solcher Verhältnisse und Kontinuitätslinien. Revolutionsfurcht und herkömmliches Streben nach autoritä- ren politischen Strukturen mußten nicht in die NS-Diktatur führen, bereiteten ihr aber den Boden. Außenwirtschaftliche Offensiven, Großraumdenken und die deutsche Kapitaldominanz auf mittel- und südosteuropäischen Märkten waren zur Zeit der Weimarer Republik kaum auf ein erneutes Kriegsrisiko eingestellt. Sie schufen aber späterer Kriegs- und Expansionspolitik manche Voraussetzung.

<sup>12</sup> Vgl. u.a. Wolfgang J. Mommsen, 1933: Die Flucht in den Führerstaat, in: Wendepunkte deut- scher Geschichte 1848–1945, hrsg. v. Carola Stern, Heinrich August Winkler (Fischer Taschen- bücher 3421, Frankfurt a.M. 1979) 111–138; Heinrich August Winkler, Wie konnte es zum 30. Januar 1933 kommen?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 4–5/83 (29. Januar 1983) 3–15; ders., Deutschland vor Hitler. Der historische Ort der Weimarer Republik, in: Der historische Ort des Nationalsozialismus. Annäherungen, hrsg. v. Walter H. Peble (Frankfurt a.M. 1990) 11– 30; Hans Mommsen, Das Scheitern der Weimarer Republik und der Aufstieg des Nationalsozia- lismus, in: Tel Aviv Jahrbuch für deutsche Geschichte XVII (1988) 1–17; ders., Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918 bis 1933 (Propyläen Ge- schichte Deutschlands 8, Berlin 1989).

<sup>13</sup> Vgl. Gotthard Jasper, Die gescheiterte Zähmung. Wege zur Machtergreifung Hitlers 1930– 1934 (edition suhrkamp 1270, Frankfurt a.M. 1986).

Der Nationalsozialismus und andere faschistische Bewegungen entstanden auf einem durch die Weltkriegsepoke, revolutionäre Erschütterungen, internationale Konfliktlagen und die Krise der bürgerlichen Gesellschaft sozial, politisch und ideell vorbereiteten Boden. Sie waren ein Produkt dieser Epoche und boten sich als radikale und gewaltsame Variante zur Lösung ihrer Probleme an. In dieser Hinsicht ergaben sich zahlreiche Berührungspunkte zu den etablierten Führungsschichten in Wirtschaft und Politik, die auch die Zäsur 1933 überdauerten. Trotz aller qualitativen Brüche setzten Staatseingriffe, Planungs-, Lenkungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen unter dem NS-Regime keineswegs die kapitalistischen Eigentums-, Betriebs- und Marktverhältnisse außer Kraft. Dem Verlust autonomer Handlungsräume standen neue Profit- und betriebliche Herrschaftsmöglichkeiten gegenüber. Autarkie- und kriegswirtschaftlich bedingte Rationalisierungs- und Modernisierungsprozesse sowie der Struktur- und Funktionswandel industrieller Interessenverbände im Rahmen nationalsozialistischer „Selbstverwaltung der Wirtschaft“ wurden nicht nur aufgetroyiert, sondern großindustriell mitgestaltet und geprägt.

Aus heutiger Perspektive, die die Folgeereignisse und späteren Katastrophen vor Augen hat, stellt sich das alles natürlich ganz anders dar als aus der zeitgenössischen Handlungsperspektive der Weimarer Staatskrise. Die damaligen Akteure konnten keineswegs sicher sein, ob aus der NS-Bewegung eine antikommunistische, bisherige Verhältnisse stabilisierende nationale Diktatur oder nicht doch ein sozialistisches Regime hervorging, ob die Beteuerung der NSDAP-Führer, das Eigentum schützen und bewahren zu wollen, ernst gemeint oder nur Taktik war. Andererseits konnten sie die tatsächlichen Folgen einer NS-Diktatur keinesfalls absehen oder sie sich nur in gewohnten Kategorien und Größenordnungen vorstellen. Angesichts der eskalierenden Wirtschafts- und Staatskrise und des italienischen Beispiels erschienen die NSDAP und Hitler aus großindustrieller Sicht wohl überwiegend als sehr zweifelhafte, problematische und äußerst risikobehaftete, aber ernstzunehmende und durchaus kalkulier- und manageable Größen, auf die man zur Not zurückgreifen konnte, um die akuten Probleme zu bewältigen, Gewerkschaftsbewegung und politische Gegner in Schach zu halten und weiterreichende Ziele und Interessen durchzusetzen.

Verständlicherweise standen diebrisanten Beziehungen zur NSDAP stets im Zentrum der Kontroversen über die politische Rolle der Großindustrie in der Weimarer Staatskrise. H. A. Turners gründlichen Arbeiten ist es in erster Linie zu danken, daß die Diskussion über diese Beziehungen aus dem Bereich der Kampfbegriffe, Konstruktionen und Spekulationen auf die empirische Ebene gelangte. Die Stärken seiner Arbeiten liegen vor allem dort, wo sie die Schwächen solcher Konstruktionen nachweisen. Dabei hat er aber das Kind mit dem Bade ausgeschüttet und auf marxistische Übertreibungen mit nicht minder überzogenen Aussagen reagiert.

Zu offenkundig steht die Ansicht, daß die politische Rolle und die Beziehungen der Großindustrie zur NSDAP belangloser Art waren und der Nationalsozialismus kaum etwas mit der Wirtschaft und der Großindustrie zu tun gehabt habe, in Widerspruch zu den Tatsachen und zur beeindruckenden Materialfülle der Turner'schen Arbeiten selbst. Dieser Ansicht ist denn auch über die DDR-Historiographie hinaus, die dies vor allem als Versuch empfand, dem Großkapital eine Art Persilschein auszustellen,

von vielen Historikern widersprochen worden<sup>14</sup>. Die meisten begrüßten die empirischen Befunde und detaillierten Analysen Turners sowie die damit verbundenen Differenzierungsmöglichkeiten, kritisierten aber die Methodik, die deutlich abweigelnde Tendenz und die Absicht, die Großindustrie in politischer Hinsicht als eine „quantité négligeable“ abzutun. Mit Recht hielt man Turner vor, das äußerst vielschichtige Problem industrieller Macht und Einflussnahme auf die Frage nach personellen und finanziellen Beziehungen reduziert zu haben. Das ist auch ein methodisches und quellenkritisches Problem, das in der Turner-Stegmann-Kontroverse der 70er Jahre<sup>15</sup> eine zentrale Rolle spielte und in der Abraham-Kontroverse Anfang der 80er Jahre bis zu einem Streit über die Grundprinzipien wissenschaftlicher Arbeitsweise überhaupt getrieben worden ist<sup>16</sup>.

Ohnehin sind Ausmaß, Details und Grenzen der direkten Beziehungen zwischen Großindustrie und NSDAP in der Forschung kaum noch umstritten. Sie sind – soweit aus den Quellen rekonstruierbar – weitgehend bekannt. Da ist nur noch punktuell Erkenntniszuwachs zu erwarten. Nach wie vor strittig ist aber, ob die Großindustriellen diese Beziehungen zur Abwehr oder zur Förderung der NSDAP unterhielten, ob sie die NS-Bewegung und deren Risiken erkannten oder unterschätzten, ob die angestrebte Regierungsbeteiligung die NSDAP zur Macht oder unter Kontrolle bringen sollte, ob aus den bis 1933 nachweisbaren Kontakten Bündniskonstellationen entstanden und die Zäsuren 1933 und 1939 überdauerten, welche Kapitalgruppen in welcher Weise daran beteiligt waren und wie sich dies alles zur Struktur und politischen Rolle der Großindustrie insgesamt verhielt. Solche Fragen werden die Historiker sicher noch längere Zeit beschäftigen.

In der DDR galten sie lange Zeit als Ablenkung vom Wesentlichen. Erst in der zweiten Hälfte der 80er Jahre zeichneten sich auch hier zunehmendes Alternativdenken<sup>17</sup> und die Einsicht in die Selbständigkeit der Politik und der NS-Bewegung ab, ohne sich freilich aus früheren Denkschemata völlig lösen und gegen verbreitete Widerstände durchsetzen zu können. Wachsendes Unbehagen etwa an den Staatsmonopolismus- und Monopolgruppentheorien verband sich mit einer stärkeren Beachtung sozial- und mentalitätsgeschichtlicher Faktoren<sup>18</sup>. Auch fanden der früher verpönte

<sup>14</sup> Vgl. u.a. die Rezensionen von Heinrich August Winkler in: *Die Zeit*, Nr. 13 (21.3.1986) 16; Reinhard Neebe in: *HZ* 244 (1987) 353–363; David Abraham in: *European History Quarterly* 17 (1987) 235–245; Manfred Weißbecker, Jürgen John in: *DLZ* 108 (1987) 437–442; Joachim Petzold in: *ZfG* 36 (1988) 164–165; Horst Handke in: *JbWG* (1989/3) 157–165 sowie Anm. 14.

<sup>15</sup> Vgl. Dirk Stegmann, Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930–1933. Ein Beitrag zur Geschichte der sog. Machtergreifung, in: AfS 13 (1973) 399–482; Henry A. Turner jr., Großunternehmertum und Nationalsozialismus 1930–1933. Kritisches und Ergänzendes zu zwei neuen Forschungsbeiträgen, in: *HZ* 221 (1975) 18–68; Dirk Stegmann, Antiquierte Personalisierung oder sozialökonomische Faschismus-Analyse? Eine Antwort auf H. A. Turners Kritik an meinen Thesen zum Verhältnis von Nationalsozialismus und Großindustrie vor 1933, in: AfS 17 (1977) 275–296.

<sup>16</sup> Vgl. David Abraham, The Collaps of the Weimar Republic. Political Economy and Crisis (Princeton 1981) sowie die Kritiken von Ulrich Nocken in: *VSWG* 71 (1984) 505–527 und Gerald D. Feldman nebst Erwiderungen in: *CEH* 17 (1984) 159–290.

<sup>17</sup> Vgl. Alternativen. Schicksale deutscher Bürger, hrsg. v. Olaf Groebler (Berlin 1987).

<sup>18</sup> Vgl. z.B. Die deutsche Klassengesellschaft in Krieg und Revolution 1919 bis 1945. Kollo-

„Elite“-Begriff und die Theorie politischer Klassenbildung in Soziologie und Historiographie Eingang.

Weit mehr als die Beziehungen zwischen NSDAP und Großindustrie im engeren Sinne scheint mir deren politische Rolle in der Weimarer Staatskrise insgesamt strittig zu sein. Das hängt auch mit dem Politikverständnis sowie mit methodologischen Fragen der Wechselverhältnisse von Gesellschaft und Staat, Wirtschaft und Politik zusammen. Zudem steht – trotz der Fülle der Detailstudien – eine entsprechende Gesamtdarstellung immer noch aus.

In den meisten Standardwerken über die Weimarer Republik wird die politische Artikulation industrieller Interessen durch einzelne Personen, Kapitalgruppen oder Verbände – verglichen mit der Regierungs-, Parlaments- und Parteienpolitik – nur am Rande beachtet und eher zur Beschreibung allgemeiner Figurationen und Konstellationen denn zur komplexen Analyse konkreter Entscheidungssituationen herangezogen. Man scheint diese Artikulation wohl doch weniger für eine Angelegenheit der Politik als der Ökonomie zu halten und ihr erst dann eine politische Dimension zuzusprechen, wenn sie über Parteien und Parlamente erfolgte. Den zweifellos in ihrer Struktur und Wirkung unterschiedlichen Wirtschaftsverbänden wird oft nur eine sehr begrenzte politische Funktion zugebilligt. Von der ökonomischen Begrenztheit industrieller Interessen hat man auf eine relativ geringe oder gar unpolitische Rolle der Großindustrie geschlossen.

Doch wird dies keineswegs den Realitäten gerecht. Kaum eine Geschichtsperiode ist so gründlich wie die Zeit der Weimarer Republik von der Industrie beeinflußt worden. Weit über das frühere Maß hinaus sammelten die Industriellen ihre Kräfte und politisierten ihre Interessenvertretung. Das zeigte sich in dem kräftig ausgebauten und weiter zentralisierten Verbandswesen<sup>19</sup> ebenso wie in der buntscheckigen Klubszenen und in den vielfältigen Querverbindungen, über die der politische Meinungsbildungs- und Interessenvertretungsprozeß ablief. Die Gründung und Entwicklung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI) stellten – so sehr sie auch von Interessen-gegensätzen und Konflikten belastet waren – einen deutlichen Macht- und Einflußzuwachs der hier tonangebenden Industriellen dar. Den brachten der RDI und die mit ihm verbundenen Spitzenverbände vor allem im Vorfeld von Regierungs- und Parlamentsentscheidungen zur Geltung. Sicher muß man an die politische Wirksamkeit der wirtschaftlichen Eliten und ihrer Verbände andere Maßstäbe anlegen als an die der Macht- und Funktionseliten in Regierungen, Exekutive, Justiz und Parlamenten. Doch ist dies noch lange kein Argument gegen diese Wirksamkeit.

Die Beziehungen der Industriellen und ihrer Verbände zu Berufspolitikern, Publizi-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 220*

quium der Sektion Geschichte „Der 1. Weltkrieg und die Novemberrevolution – ihre Wirkungen auf die Klassengesellschaft in Deutschland bis zur Befreiung vom Faschismus“ am 3./4.11.1988 in Leipzig (Internationale Studien / Leipziger Hefte zur Friedensforschung 7, Leipzig 1989), darin zum Thema v.a. Jürgen John, Strukturerwicklung und Gruppenbildung der deutschen Bourgeoisie in der Weimarer Republik. Theorieprobleme und Forschungstrends 75–84.

<sup>19</sup> Vgl. Hans-Peter Ullmann, Interessenverbände in Deutschland (edition suhrkamp 1283, Frankfurt a. M. 1988) 124–182.

sten und Wissenschaftlern, zu Regierenden, Behörden, Parlamenten und Parteien weiteten sich nach 1918 erheblich aus. Und zwar offenkundig nicht deshalb, weil man im Abseits, sondern im Mittelpunkt von Entscheidungen stand. Die verstärkte politische Aktivität erwuchs weniger konservativer Gesinnung und dem Zwang, politische Übergriffe abwehren zu müssen<sup>20</sup>, als dem Willen, aktiv in die Politik einzugreifen. Verglichen mit der Frühzeit industrieller Interessenvertretung, als man devot bei der Obrigkeit vorstellig wurde und vor allem seine finanziellen Möglichkeiten spielen ließ, traten die Führungsgruppen des industriellen Unternehmertums entschieden selbstbewußt auf. Die Teilnahme von Ministern und Reichskanzlern an Industrielltageungen – im Kaiserreich die absolute Ausnahme – wurde zur Regel. Gegenüber anderen politischen Einflußwegen traten die finanziellen tendenziell zurück.

Zweifellos spielten das „Geld in der Politik“<sup>21</sup> und die entsprechenden Fonds und Vereinigungen nach wie vor eine große Rolle. Die Akten liefern dafür zahlreiche Beispiele. Daß etwa Ernst v. Borsig im März 1930 erbost der DVP mit dem Hinweis auf ihre Nachgiebigkeit gegenüber der SPD weitere Finanzzuwendungen verweigerte und die DVP-Politiker dann im Juni mit dem Hinweis, ihre Partei habe ja nun „die große Koalition gesprengt ... und eine Richtung eingeschlagen ...“, mit der Sie mehr als mit der früheren einverstanden sein werden“, erneut um solche Zuwendungen nachsuchten<sup>22</sup>, war bei weitem kein Einzelfall. Insgesamt spiegelt aber die von dem Arbeitgebersyndikus Roland Brauweiler 1928 drastisch formulierte Maxime „Wahlen unterstützen. Kandidaten verpflichten und an der Leine halten (Geld gegen Masse)“<sup>23</sup> nur einen Teil damaliger politischer Praxis der Unternehmer wider.

H. A. Turner hat in sehr überzeugender Weise den relativ geringen Stellenwert großindustrieller Gelder für die Finanzen und den Aufstieg der NSDAP nachgewiesen und frühere Vorstellungen von einer großindustriell hochgepäppelten und ausgehaltenen NS-Bewegung widerlegt. Auch trifft es durchaus zu, daß die Großindustriellen lieber die gewohnten Parteien als die mit vielen Risiken behaftete NSDAP finanzierten. Doch lassen sich die vielfältigen Formen großindustrieller politischer Einflußnahme keineswegs auf die Turnersche Formel „Geld gegen Stimmen“ reduzieren. Damit entfällt m. E. auch das daraus abgeleitete Argument, mit deren Grenzen seien zugleich die Grenzen großindustrieller politischer Einflußnahme markiert.

Ihm liegt die Vorstellung zugrunde, die schon im Kaiserreich etwa gegenüber den Staatsbeamten und Agrarier benachteiligten Industriellen seien in der demokratischen Republik erst recht an den Rand gedrängt worden und so vom Regen in die Traufe gekommen. Dagegen hätten sie nur das einsetzen können, worüber sie in erster Linie verfügten – ihre Finanzmittel. Doch geht diese Vorstellung an der Realität vor-

<sup>20</sup> So z. B. *Ingolf Liesebach*, Der Wandel der politischen Führungsschicht der deutschen Industrie von 1918 bis 1945 (Hannover 1957) 37.

<sup>21</sup> Vgl. *Richard Lewinsohn (Morus)*, Das Geld in der Politik (Berlin 1930).

<sup>22</sup> Vgl. Stadtarchiv Berlin. A. Borsig Zentralverwaltung GmbH. Nr. 11, Bl. 48, 50–53; im folgenden zitiert: StaB Bo.

<sup>23</sup> Zit. nach *Dirk Stegmann*, Kapitalismus und Faschismus in Deutschland 1929–1934. Thesen und Materialien zur Restituiierung des Primats der Großindustrie zwischen Weltwirtschaftskrise und beginnender Rüstungskonjunktur, in: *Gesellschaft. Beiträge zur Marx'schen Theorie* 6 (1976) 29; im folgenden zitiert: *Stegmann*, Kapitalismus.

bei. Sie übersieht, daß die 1918/19 erlittenen Einbußen weitgehend wettgemacht werden konnten. Zudem kamen durch das parlamentarische System und durch die stärkere Verquickung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft neue Einflußmöglichkeiten hinzu.

Man hatte die Revolution und die Republik nicht verhindern können, stellte sich aber auf den Boden der Tatsachen und nutzte entschlossen die neuen Möglichkeiten, zumal ja die Wirtschafts- und Eigentumsverhältnisse unangetastet blieben. Die industriellen Führungsgruppen machten nicht nur zeitweilig ihren Frieden mit der parlamentarischen Republik, was mit dem Begriff des „Vernunftrepublikanismus“ nur unzureichend umschrieben ist, sondern gestalteten sie in einem Maße mit, daß manche Zeitgenossen meinten, sie seien die eigentlichen Gewinner der Revolution gewesen. Sicher war das übertrieben. Auch vermochten nicht alle Großindustriellen im gleichen Maße Nutzen aus den neuen Verhältnissen zu ziehen. Ähnlich den Agrariern und der „mittelständischen“ Industrie gerieten auch Teile der Schwerindustrie ins Hintertreffen. Doch die Annahme, die großindustriellen Vorbehalte gegen die mit dem „Ludergeruch“ der Revolution und des Versailler Vertrages behaftete Republik resultierten aus einer völligen Niederlage, trifft die wirkliche Sachlage noch weniger.

Oft wird eine aktive politische Rolle der Großindustrie mit dem Argument bezweifelt, die Unternehmer hätten sich als Wirtschaftsfachleute bestenfalls am Rande für Politik interessiert. Auch Turner hat dieses Argument angeführt. Zweifellos waren die Unternehmerstrategien – worauf unlängst am Beispiel der Außenwirtschaftsstrategien mit Nachdruck aufmerksam gemacht worden ist<sup>24</sup> – primär von wirtschaftlichen Interessen bestimmt. Sie wurden in erster Linie im ökonomischen und nicht im politischen Umfeld entwickelt. In politischer Hinsicht herrschte ein gewisser Pragmatismus vor. Da ging es vor allem um die günstigsten Rahmenbedingungen, für die man sich möglichst viele Optionen offenhalten wollte. Aus diesem Grunde vermieden es die Industriellen – wie etwa Paul Silverberg im Oktober 1931<sup>25</sup> – meist, sich mit Regierungsverantwortung zu belasten.

Es gab zur Zeit der Weimarer Republik unter den Industriellen und ihren Verbänden zahlreiche Debatten über das Verhältnis von „Wirtschaft“, „Staat“ und „Politik“ und über die Frage, welchem dieser Faktoren der Primat zukäme<sup>26</sup>. Doch ging es in diesen Debatten nicht etwa darum, ob, sondern wie man Politik betreiben, ob man formelle oder informelle, öffentliche oder verdeckte, parlamentarische oder administrative, parteabezogene oder „überparteiliche“ Wege beschreiten solle.

So heftig man sich auch immer wieder gegen „politische“ Eingriffe in die Wirt-

<sup>24</sup> Vgl. *Ludolf Herbst, Der Krieg und die Unternehmensstrategie deutscher Industrie-Konzerne in der Zwischenkriegszeit*, in: *Die deutschen Eliten* 72–134.

<sup>25</sup> Vgl. Brief Silverbergs an Krupp von Bohlen und Halbach v. 12.10.1931, abgedr. in: *Politik und Wirtschaft in der Krise 1930–1932. Quellen zur Ära Brüning*, eingel. v. *Gerhard Schulz*, bearb. v. *Ilse Maurer, Udo Wengst, Jürgen Heideking*, 2 Bde. (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 3. Reihe: *Die Weimarer Republik* 4 I/II, Düsseldorf 1980) 1035–1038; im folgenden zitiert: *Politik und Wirtschaft*.

<sup>26</sup> Vgl. dazu im einzelnen *Jürgen John, Verbandspolitik und Rechtsentwicklung 1922–1926. Zur politischen Rolle der Spitzenverbände des deutschen Monopolkapitals in der Weimarer Republik*, in: *JbG* 24 (Berlin 1981) 127–173.

schaft aussprach, wenn sie sich gegen Kapitalinteressen richteten, so sehr forderte man sie zum Vorteil der Wirtschaft und tat per Richtlinienpolitik und auf diversen Einflußwegen alles, um diese herbeizuführen. Und in kritischen Situationen mischten sich die Industriellen auch direkt in die politischen Entscheidungsprozesse ein. Meistens beteuerten sie gerade dann, man bezwecke damit – so der RDI-Geschäftsführer Jakob Herle am 8. März 1930 gegen den Vorwurf, die Industriellen betrieben Ministerstürzerei – ja auch keine „politische“, sondern nur eine „wirtschaftspolitische“ Stellungnahme<sup>27</sup>. Sache der Wirtschaft – so hatte Hermann Bücher schon 1922 das entsprechende politische Selbstverständnis formuliert – sei es, „Richtlinien auszuarbeiten und ihren politischen Vertretungen Ratschläge zu geben. Sache der ausführenden Politiker wird es sein, das, was von den Vorschlägen der Wirtschaft in die Praxis übertragen werden kann, auch wirklich unter Kontrolle des Volkes umzusetzen.“<sup>28</sup>

Aus politischem Pragmatismus und solchen Erwägungen nahmen die führenden Großindustriellen meist eine ambivalente Haltung zur Weimarer Republik ein und wahrten diese auch zur Zeit der Präsidialkabinette. Trotz aller Vorbehalte waren sie zeitweise – nach der innenpolitischen Konsolidierung 1919/20 und vor allem nach den Stabilisierungsmaßnahmen 1923/24 – durchaus bereit, die Republik mitzutragen und ihren Interessen entsprechend auszugestalten. An der Außenpolitik der „Ära Stresemann“ hatten sie maßgeblichen Anteil. Silverbergs bekannte und umstrittene Äußerungen aus dem Jahre 1926<sup>29</sup> waren – gemessen an der nun schon mehrjährigen politischen Praxis – so sensationell nicht. Furore machten sie eher, weil sie mitten in heftige Auseinandersetzungen über partei- und gewerkschaftspolitische Wege fielen, weil sie von einigen Industriellengruppen nicht mitgetragen wurden und weil sich vor allem „mittelständische“ Gruppen bevormundet fühlten. Aus den gleichen pragmatischen Erwägungen änderten die großindustriellen Führungsgruppen – Silverberg war dafür geradezu ein Paradebeispiel – ihre Haltung, als das parlamentarische System die erforderlichen Rahmenbedingungen nicht mehr zu sichern schien. Die Einbrüche der Weltwirtschaftskrise und die fortschreitende Staatskrise hinterließen bei den Industriellen offenbar kaum weniger tiefe Spuren als bei den Arbeitern<sup>30</sup> und verdrängten so die positiven Erfahrungen, die man mit der parlamentarischen Republik gemacht hatte.

Mit einer unpolitischen Haltung hatte dies alles aber ganz und gar nichts zu tun.

<sup>27</sup> Vgl. Politik und Wirtschaft 76.

<sup>28</sup> Vgl. Bundesarchiv Koblenz, NL 13 (Nachlaß Silverberg), Nr. 312, Bl. 26; im folgenden zitiert: BA Kobl. NL 13.

<sup>29</sup> Vgl. Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie 32 (1926) 55–65; im folgenden zitiert: Veröff. RDI; *Dirk Stegmann*, Die Silverberg-Kontroverse 1926. Unternehmerpolitik zwischen Reform und Restauration, in: Sozialgeschichte Heute. Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 11, Göttingen 1974) 594–610; *Neebe*, Großindustrie 35–49; *Jürgen John*, Die Dresdner Industrietagung 1926 und der Verband Sächsischer Industrieller. Dokumentation, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte 12 (Weimar 1985) 202–220.

<sup>30</sup> Vgl. *Wolfgang Zollitsch*, Arbeiter zwischen Weltwirtschaftskrise und Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Jahre 1928 bis 1936 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 88, Göttingen 1990) 11.

Natürlich vermochten viele Unternehmer nicht über den Horizont ihrer Geschäftsbilanzen, Betriebsgrenzen und lokalen Interessenvertretung hinauszublicken. Die Masse der Industriellen betrieb keineswegs aktiv Politik, folgte einzelnen politischen Richtungen oder verhielt sich in politischer Hinsicht unbestimmt und gleichgültig. Doch kann man die markanten Persönlichkeiten unter den Großindustriellen jener Zeit – von Rathenau bis zu Reusch – wahrlich nicht als politische Ignoranten oder Dilettanten bezeichnen.

Wenn hier von der politischen Rolle „der“ Großindustrie die Rede ist, so ist das natürlich nicht korrekt. Denn es meint nur eine bestimmte, zahlenmäßig begrenzte Schicht politisch sehr aktiver Großindustrieller, die in den führenden Interessenverbänden und Kammern den Ton angab, sich in einflußreichen Klubs und anderen informellen Gremien traf oder (und) aktive Partei- und Parlamentspolitik betrieb. Letzteres taten aber die wenigsten dieser politisch aktiven Industriellen. Die meisten wahrten einen betont „überparteilichen“ – oft als „unpolitisch“ ausgegebenen – Standpunkt und förderten deshalb mit Vorliebe parteiübergreifende Sammlungsbewegungen.

Auch muß man die Verbandssyndici, die Turner sehr zu Unrecht als zweitrangig eingestuft hat<sup>31</sup>, zu dieser politischen Führungsschicht rechnen. Allen gereizten Äußerungen zum Trotz, sie seien schließlich nicht die „Schuhputzer der Industriellen“<sup>32</sup>, gehörten die Geschäftsführer der großen Industrieverbände zweifellos zu den politisch einflußreichsten Persönlichkeiten. Der Wechsel der drei RDI-Hauptgeschäftsführer Walter Simons, Hermann Bücher und Ludwig Kastl aus bzw. in Ministerialbürokratie, Außenpolitik, Reichsgericht und Konzernmanagement unterstreicht dies ebenso wie der Einfluß, den etwa Ludwig Grauert, Hans von Loewenstein, Jakob Wilhelm Reichert und Max Schlenker in der westlichen Schwerindustrie ausübten.

Zeitgenössische Nachschlagewerke<sup>33</sup> geben einen recht guten Überblick über die politische Führungsschicht der Industrie, die sich nach den Branchen- und Größenstrukturen der Industrie, den Einzugsgebieten der Verbände sowie den Staats- und Gesellschaftsstrukturen mit den entsprechenden Einflußmöglichkeiten auf Reichs-, Landes- und Kommunalebene differenzierte. Die Schicht, von der hier die Rede ist, repräsentierte ein politisch hochmotiviertes, denkendes und handelndes Unternehmertum von Kapitaleignern und leitenden Angestellten, das sich vor allem um die hochorganisierte und -konzentrierte Großindustrie gruppierte, in enger Verbindung mit den Großbanken stand und die großen Industrieverbände beherrschte. Ihr geistiger und politischer Horizont entsprach dem der damaligen bürgerlichen Gesellschaft, aber mit einem deutlich elitären Einschlag und einem ausgeprägten Selbstbewußtsein, als Unternehmer im Interesse des „Gemeinwohls“ zu handeln. Spätestens seit dem Wilhelminischen Zeitalter, als sie sich gesellschaftlich etabliert hatten, fühlten sich die

<sup>31</sup> Vgl. Turner, Großunternehmer 219.

<sup>32</sup> Vgl. Veröff. RDI 19 (1922) 79.

<sup>33</sup> Vgl. u.a. Deutscher Wirtschaftsführer. Lebensgänge deutscher Wirtschaftspersönlichkeiten. Ein Nachschlagewerk über 13 000 Wirtschaftspersönlichkeiten unserer Zeit, bearb. v. Georg Wenzel (Hamburg, Berlin, Leipzig 1929); Reichshandbuch der Deutschen Gesellschaft. Das Handbuch der Persönlichkeiten in Wort und Bild, 2 Bde. (Berlin 1931).

Großindustriellen als Garanten von Staat, Stabilität und Ordnung. Das prägte ihr Verhältnis zur Weimarer Republik in positiver wie in negativer Weise.

Ihr Denken stand in der Tradition konservativer wie liberaler politischer Kultur, des autoritären Betriebsstils à la Krupp und Stumm wie sozialreformerischer Traditionen etwa bei Bosch/Stuttgart oder Zeiss/Jena. Viele Großindustrielle und -bankiers waren – namentlich in Frankfurt am Main und Berlin, wie Hugo Junkers in Dessau oder die Zeiss-Manager – geistig und kulturell aufgeschlossen, betätigten sich als Mäzene, scharten – wie Arnold von Borsig – einen Intellektuellenkreis um sich, förderten moderne Reformbewegungen oder – wie Carl Duisberg – in präronierter Weise Technik, Forschung und Studium. Man war in großindustriellen Kreisen – zumal hier jüdisches Kapital keine geringe Rolle spielte – bei weitem nicht so antisemitisch eingestellt wie in anderen Gesellschaftsschichten. Deshalb stieß der nationalsozialistische Rassismus hier eher auf Skepsis und Widerwillen. Nach wie vor zeichneten sich in geistiger und politischer Hinsicht deutliche Unterschiede zwischen den schwerindustriellen Zentren und den Hochburgen der „neuen Industrien“ ab. Doch verwischten sich diese Gegensätze in dem Maße, in dem die Rationalisierungs- und Modernisierungstendenzen wirtschaftlich und die Entwicklungstendenzen der Republik politisch nivellierend wirkten.

Bei aller politischen Breite stand man parteipolitisch meistens rechts, bestenfalls in der Mitte des bürgerlichen Parteienpektrums. Die Haltung zu Sozialdemokratie und Gewerkschaften war weniger eine prinzipielle als eine taktische Scheidelinie. Nur Minderheiten wandten sich durchweg gegen sie. Die meisten Industriellen akzeptierten sie als zeitweise Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspartner, nicht aber als festen Bestandteil der politischen Klasse. Man dachte meistens „national“ und in Großmacht- und Autoritätskategorien. Den Großindustriellen schwiebte in der Regel ein „starker Staat“ vor, den die Mehrheit nach den Wirren der Nachkriegszeit zunächst im Rahmen der parlamentarischen Republik, später jenseits des Parlamentarismus zu erreichen suchte. Entsprechend rückte man politisch nach rechts, wenn auch meist nicht in so krasser Weise wie etwa Hjalmar Schacht. Selbst liberales Denken näherte sich gegen Ende der Weimarer Republik den Denkmustern von „Führertum“ und „starkem Staat“ an. Die Ansichten etwa Carl Schmitts, der zur Zeit der Präsidialkabinette mehrfach auf Verbandstagungen sprach – so im April 1930 vor dem Deutschen Industrie- und Handelstag und im November 1932 vor dem Langnamverein –, fanden sehr viel mehr Zustimmung als die populistischen Parolen und zweifelhaften Methoden der NS-Bewegung, die durchweg auf Vorbehalte stießen.

Elitäre und politisch konservative Denkweisen und Haltungen, für die Paul Reusch wohl das markanteste Beispiel darstellt und auf die sich die interne nationalsozialistische Werbestrategie besonders einstellte, beschränkten sich bei weitem nicht auf die Schwerindustrie. Sie waren dort aber besonders ausgeprägt und traten um so aggressiver in Erscheinung, je mehr diese Gruppen ins Hintertreffen gerieten. Doch wäre es kurzsinnig, daraus eine politische Vorrangrolle der Schwerindustrie abzuleiten oder gar anzunehmen, sie habe der gesamten Industrie ihren Willen aufgezwungen. Die genannten Haltungen vertrugen sich durchaus mit modernem Rationalitäts- und Managementdenken. Gerade die Rationalisierungsbewegung der 20er und 30er Jahre zeigt,

wie eng sich das Streben nach „sozialer Rationalisierung“ mit „Betriebsführer-“ und Herrschaftsideologie verband. Die Vorstellung, nicht nur Wirtschaft und Sozialbeziehungen, sondern auch Staat und Politik „managen“ zu können, förderte elitäres Denken – aber auch die Illusion, man könne ein solches Phänomen wie die NS-Bewegung „steuern und leiten“<sup>34</sup>.

Die ausgeprägt elitären und oft auch konservativen Denkweisen hatten sicher in der herausgehobenen gesellschaftlichen Stellung und in der im Vergleich zu anderen Gesellschaftsschichten relativ geringen sozialen Mobilität der Großindustrie<sup>35</sup> einen Ursprung. Die Pionierzeit der klassischen Aufsteigerkarrieren war vorbei. Der tendenziell steigende kapitalunabhängige Zuwachs akademisch gebildeter leitender Angestellter konnte diesen Mobilitätsverlust damals noch nicht wettmachen. Zudem rekrutierte sich dieser Zuwachs – infolge des noch weitgehend ungebrochenen Bildungsprivilegs – vorwiegend aus „gehobenen Schichten“. Erst die tiefgreifenden Veränderungen der NS-Zeit führten auch in der Großindustrie wieder zu stärkerer sozialer Mobilität und durchbrachen manche der in diesen Schichten errichteten Standesschranken. Die in den 20er Jahren tonangebenden industriellen Führungsschichten – in denen Frauen so gut wie keine Rolle spielten<sup>36</sup> – waren vor allem im Kaiserreich sozialisiert worden und zur Zeit der Weimarer Republik bereits sichtlich überaltert. Die Todesdaten – so starben Kurt Sorge 1928, Ernst von Borsig und Wilhelm Cuno 1933 – sprechen da eine deutliche Sprache. Möglicherweise hat dies dazu beigetragen, an manche Phänomene des 20. Jahrhunderts gleichsam noch mit den Maßstäben des 19. Jahrhunderts heranzugehen und so auch den Nationalsozialismus und seine Gefahren zu unterschätzen.

Nicht wenige Historiker sehen das Heft politischen Handelns in der Weimarer Staatskrise allein bei den Regierenden, dem Reichspräsidenten und den Behörden, bei den politischen Massenbewegungen oder bei den Agrariern, soweit diese über enge Beziehungen zu Hindenburg und seiner Kamarilla verfügten. Mit der schwindenden Rolle der Parteien und der Konzentration der Macht bei Reichspräsident und Präsidialkabinetten sei – so nimmt man an – der politische Einfluß der Großindustrie weiter zurückgegangen.

Doch erweist sich die Ansicht, die Industriellen hätten allenfalls in den 20er Jahren über gewisse Einflußmöglichkeiten verfügt, nicht aber in der vom „Primat der Politik“ bestimmten Zeit der Präsidialkabinette, bei genauerem Hinsehen als wenig stichhaltig. Angesichts des Drucks, den die industriellen Spitzenverbände, einflußreiche schwerindustrielle Verbände oder führende Industrielle auf die Regierung Müller sowie auf Brüning und seine Nachfolger ausübten, wird man wohl kaum zu der Schluß-

<sup>34</sup> So H. Bücher am 24.6.1931 an P. Reusch über seine Verstrickungen in die Stennes-Affaire, in: Stegmann, Kapitalismus 79f.

<sup>35</sup> Vgl. Hartmut Kaelble, Soziale Mobilität und Chancengleichheit im 19. und 20. Jahrhundert. Deutschland im internationalen Vergleich (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 55, Göttingen 1983) 59–149.

<sup>36</sup> Vgl. Elke Hlawatschek, Die Unternehmerin (1800–1945), in: Die Frau in der deutschen Wirtschaft. Referate und Diskussionsbeiträge des 8. Wissenschaftlichen Symposiums der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte e.V. am 8. und 9. Dezember 1983 in Essen, hrsg. v. Hans Pohl (Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Beiheft 35, Stuttgart 1985) 127–154.

folgerung kommen können, die Großindustrie habe an den politischen Entscheidungen jener Zeit und deren – gewollt oder ungewollt – destabilisierenden Wirkungen keinen nennenswerten Anteil gehabt.

Auch die häufig geäußerte Ansicht, zur Zeit der Präsidialkabinette hätten sich die Einflußmöglichkeiten wirtschaftlicher Eliten einseitig zugunsten der Agrarier verschoben, scheint mir fragwürdig zu sein. Zweifellos verschärfte die Weltwirtschaftskrise die Intransigenz und das Zoll- und Subventionsbedürfnis der Agrarier, dem sie über Hindenburgs Umgebung mehr als zuvor Geltung zu verschaffen vermochten. Doch erfolgten die Subventionen in beträchtlichem Maße zu industriell diktieren Bedingungen – etwa bei der Osthilfe-Finanzierung nach dem Silverberg-Plan oder bei dem Sanierungsprogramm Schlange-Schöningens, das den nicht sanierungsfähigen Großgrundbesitz ausklammerte und damit einer alten industriellen Forderung entsprach.

Das alles verstärkte natürlich die industriell-agrarischen Gegensätze und die agrarische Opposition gegen Brüning und gibt H. A. Turners Einwänden gegen die Annahme eines stabilen „Bündnisses der Wirtschaftseliten“ recht. Allerdings sollte man sich vor der Vorstellung hüten, die Wirtschaftseliten hätten nur im Bündnis politische Wirkung erzielt. Auch eskalierten die Gegensätze nicht erst in der Weimarer Staatskrise, sondern schon seit 1928, als der Ausbruch der Agrarkrise das Entwicklungsgefälle, die Abhängigkeitsverhältnisse und die Tatsache deutlich gemacht hatte, daß selbst der Zollkompromiß 1925 vor allem auf Handels- und Exportfragen und damit eher auf industrielle als agrarische Interessen zugeschnitten war.

Die Akten und die vorliegenden Quellenpublikationen zeigen, welchen Wert die Präsidialkanzler und ihre Kabinete auf die Meinung der Industriellen legten, wie oft sie mit ihnen verhandelten und an ihren Verbandstagungen teilnahmen, und zwar nicht nur als gewährende Obrigkeit, sondern vor allem, weil sie auf deren Unterstützung angewiesen waren. Aus den Quellen wird deutlich, unter welchem großindustriellen Druck sie oft standen, ohne daß damit ein Abhängigkeitsverhältnis und ein „Primat der Wirtschaft“ behauptet werden soll, das den tatsächlichen Wechselverhältnissen nicht gerecht würde.

Dieser aktenkundige und in den vorliegenden Quellenpublikationen nachvollziehbare Druck dürfte, selbst wenn sich sein Mechanismus nicht in allen Fällen lückenlos rekonstruieren läßt, eindeutig als politische Aktion zu diagnostizieren sein. Das gilt insbesondere für die relativ gut dokumentierten Handlungen zwischen Dezember 1929 und März 1930, nach den Reichstagswahlen vom September 1930, nach der Bankenkrise vom Sommer 1931 und im Vorfeld der 4. Notverordnung vom Dezember 1931 sowie im Sommer und Herbst 1932. Nur die hektischen Aktivitäten um die Jahreswende 1932/33 sind, da sie weitgehend hinter verschlossenen Türen erfolgten und kaum aktenkundig wurden, nur noch bruchstückhaft rekonstruierbar. Doch deuten diese Bruchstücke keineswegs darauf hin, daß die Großindustriellen an ihnen völlig unbeteiligt waren.

Die politische Aktivität großindustrieller Führungsschichten zeigt sich auch in der seit 1930 ungewöhnlich dichten Folge politischer Beratungen, Denkschriften, Briefe und Eingaben, mit denen Verbandsführungen, informelle Gremien oder einzelne Großindustrielle ihre Forderungen nahezu ultimativ darlegten und den Regierenden

in kritischen Situationen je nach Bedarf das „Vertrauen“ aussprachen oder zu entziehen drohten. Sie waren auf diese Weise ziemlich erfolgreich bemüht, Brüning auf einen harten Deflationskurs zu bringen und zu halten, Papen an das von ihnen maßgeblich geprägte Wirtschaftsprogramm zu binden und Schleicher davon abzuhalten, dieses Programm erheblich einzuschränken.

Natürlich konnten die Großindustriellen ihre Absichten und Ziele nur mit Abstrichen und Kompromissen durchsetzen. Auch gab es in ihrem politischen Instrumentarium gegen Ende der Weimarer Republik deutliche Verschiebungen. Die parlamentarischen und parteipolitischen Einflußwege spielten in der Zeit der Präsidialkabinette eine schwindende Rolle, weshalb auch das Thema „Industrie und Parlament“, das Mitte der 20er Jahre ganze Verbandstagungen beschäftigte, von der Tagesordnung verschwand. Dafür gewannen andere politische Einflußwege und namentlich die industriellen Interessenverbände an Gewicht. Wenn Kastl in der dramatischen Situation des Septembers 1931 Brüning vorhielt, die weitgehende Ausschaltung der Parteien verweise die Regierung mehr als bisher auf die „Wirtschaftsstände“<sup>37</sup>, so war dies bei weitem kein Wunschtraum.

Im scheinbaren Gegensatz zur These vom „Primat der Politik“ in der Präsidialära sind der Großindustrie auch mit Hinweis auf wirtschaftliche Zwangs- und Problemlagen größere politische Einflüsse abgesprochen worden. Diese seit den Thesen Knut Borchardts heftig umstrittene Problematik<sup>38</sup> ist hier ja bereits ausgiebig diskutiert worden. So kann ich mich auf die für das von mir zu erörternde Thema relevanten Aspekte beschränken. Nach dieser, auch von anderen Historikern<sup>39</sup> unterstützten Auffassung nahmen die wirtschaftlichen Strukturprobleme und Stagnationstendenzen, die sozialpolitischen Überlastungen und die daraus folgenden Sachzwänge den Politikern wie den Wirtschaftsführern weitgehend das Heft des Handelns aus der Hand. Danach waren in der Ära Brünings und seiner Nachfolger Regierende wie Unternehmer Gefangene ökonomischer Zwangslagen und somit ohne echte Handlungsmöglichkeiten.

Zweifellos hat sich das Gewicht der Ökonomie im 20. Jahrhundert und in der von höchst widersprüchlichen Tendenzen geprägten Zwischenkriegszeit enorm verstärkt. Oft genug bildeten Wirtschafts- und Finanzfragen das Zünglein an der Waage politischer Entscheidungen, die wiederum auf die Wirtschaft zurückwirkten. Gerade die Weimarer Staatskrise zeigt, in welchem Maße die Wirtschafts- und Finanzprogramme Brünings und seiner Nachfolger von politischen Erwägungen und von den Interessen der Wirtschaftseliten beeinflußt waren. Je enger sich Wirtschaft und Politik, Wirtschafts- und Staatskrise miteinander verbanden, um so mehr Einfluß erlangten politische Faktoren und Interessen auf Entscheidungen, die das Schicksal von Millionen

<sup>37</sup> Vgl. Politik und Wirtschaft 975.

<sup>38</sup> Vgl. dazu zusammenfassend Knut Borchardt, A Decade of Debate About Brüning's Economic Policy, in: Economic crisis and political collapse. The Weimar republic 1924–1933, hrsg. v. Jürgen Baron v. Krüdener (German historical perspectives series V, New York, Oxford, Munich 1990) 99–151.

<sup>39</sup> Vgl. z.B. neuerdings Harold James, Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924–1936 (Stuttgart 1988).

und eines ganzen Staatswesens betrafen. Die zweifellos großen wirtschaftlichen Entscheidungswände ließen deflationäre oder keynesianische Krisenlösungsstrategien, autoritäre oder demokratische Wege offen. Bei allen Besonderheiten unterschied sich die Situation Deutschlands in dieser Hinsicht nicht grundsätzlich von der anderer krisenbetroffener Industriestaaten.

In all diesen Staaten erwies sich die Massenarbeitslosigkeit als das damals zentrale soziale und wirtschaftliche Problem, das dringend einer über bloße finanzielle Erwägungen hinausreichenden politischen Lösung bedurfte. In Deutschland spitzte es sich angesichts der wieder ansteigenden kommunistischen Bewegung sowie der NS-Bewegung, die die Arbeitslosenfrage politisch zu instrumentalisieren verstand, immer mehr zu der Frage zu, ob es auf dem Boden der Republik oder durch ihre Überwindung gelöst werden konnte. So wurde die öffentlich finanzierte Beschäftigungspolitik zu einer politischen Schlüsselfrage. Sicher stellten schon damals keynesianische Maßnahmen kein Allheilmittel dar. Doch zeigte namentlich das Beispiel der USA, daß solche Maßnahmen in der damaligen Situation demokratiestabilisierend wirken konnten.

Tatsächlich sind in Deutschland solche Maßnahmen erörtert worden, und zwar nicht nur in den Gewerkschaften, unter Finanzexperten und Wirtschaftstheoretikern, sondern auch von den Industriellen und ihren Verbänden. Sie wurden nach der Bankenkrise vom Sommer 1931 auch im Reichsverband der Deutschen Industrie diskutiert, aber – wie schon zuvor – verworfen. Die vor allem vom RDI ausgehenden Denkschriften, Eingaben und Beratungen, die in der öffentlichen Erklärung der Wirtschaftsverbände Ende September 1931 gipfelten<sup>40</sup>, verlangten erneut eine strikt deflationäre Politik und wirkten damit erheblich auf die Ende 1931 getroffenen Entscheidungen ein.

Spätestens seit der Zwischenkrise 1925/26, als die Regierung Marx erstmals antizyklische Maßnahmen im größeren Stil ergriff<sup>41</sup> und Keynes in Berlin seine Vorstellungen zur Diskussion stellte<sup>42</sup>, wurden solche Konzepte im RDI-Umkreis diskutiert und energisch zurückgewiesen. Schon 1923/24, erst recht seit den Denkschriften vom Dezember 1925 und November 1927 und der Youngplan-Diskussion schworen sich der Reichsverband sowie die anderen maßgeblichen Spitzen-, Fach- und Regionalverbände auf ein strikt deflationäres, von Schlagworten wie „Entlastung der Wirtschaft“, „Selbstkostensenkung“, „Sparsamkeit der öffentlichen Hand“, „Abbau der Zwangswirtschaft“ und des „Tarif- und Schlichtungzwanges“ gekennzeichnetes Konzept ein.

<sup>40</sup> Die Erklärung ist abgedruckt in: Die Kabinette Brüning I u. II. 30. März 1930 bis 10. Oktober 1931. 10. Oktober 1931 bis 1. Juni 1932, bearb. v. *Tilman Koops*, 2 Bde. (Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Boppard a. Rh. 1982) 1766–1769; im folgenden zitiert: Die Kabinete Brüning; vgl. weiterhin u. a. Politik und Wirtschaft 696–705, 759–764, 800–806, 915–918, 967–975; BA Kobl., R 43 I (Reichskanzlei), Nr. 2370, Bl. 115–123, Nr. 2372 Bl. 35–45, 273–301, 367–377, 627 ff., 649–652, Nr. 2373, Bl. 35–81, 187–201, 237, 909–940, 1121–1132; BA Kobl., NL 13, Nr. 33, Bl. 3–11, Nr. 458, Bl. 158–171, 186 f., Nr. 641, Bl. 46–62; Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Best. Carl Zeiss Jena III, Nr. 1992 (unpag., Bericht 25.9.1931).

<sup>41</sup> Vgl. Dieter Hertz-Eichenrode, Wirtschaftskrise und Arbeitsbeschaffung. Konjunkturpolitik 1925/26 und die Grundlagen der Krisenpolitik Brünings (Frankfurt, New York 1982).

<sup>42</sup> Vgl. John Meynard Keynes, Das Ende des laissez-faire. Ideen zur Verbindung von Privat- und Gemeinwirtschaft (München, Leipzig 1926).

Dieses Konzept schloß auch die Sozialrechtsreform und eine Revision der 1918/19 stark ausgebauten Sozialpolitik ein<sup>43</sup>. Den Sozialstaatskompromiß hatte man bereits nach dem Ende der Zentralarbeitsgemeinschaft 1923/24 und im Umfeld des „Ruhr-eisenstreites“ 1928/29 weitgehend aufgekündigt.

Natürlich wurde dieses Konzept, dessen Durchsetzung man nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise schärfstens anmahnte, von den einzelnen Industriellengruppen und Verbänden sehr unterschiedlich interpretiert. Doch diente es trotz aller Gegen-sätze und Konflikte den Spitzen- wie den meisten Fach- und Regionalverbänden als Leitlinie ihrer Krisenpolitik. Albert Vöglers Ende Juli 1931 gegen zaghafte Regie-rungspläne geäußerte Ansicht, nicht durch Beschäftigungspolitik und Sozialschutz, sondern allein durch Entlastung der Wirtschaft in der Selbstkostenfrage werde das Ar-beitslosenproblem gelöst<sup>44</sup>, entsprach einem Standarddenken, das sich gegen öffent-liche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen als Ansätzen zur „Planwirtschaft“ sperzte. Die industriellen Spitzenverbände haben sich in der Ära Brüning strikt gegen solche Maß-nahmen gewandt und auch die einschlägigen Empfehlungen der Brauns-Kommission 1931 weitgehend zurückgewiesen. Erst im Sommer 1932 setzte ein gewisses Umden-ken ein<sup>45</sup>.

Ob und welche wirtschaftlichen Möglichkeiten es für andersgerichtete, antizykl-i-sche Konzepte und für öffentlich finanzierte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in der Weimarer Staatskrise tatsächlich gab, ist unter den Experten umstritten. Unter den hier zu erörternden politischen Aspekten ist aber unübersehbar, daß der in Deutsch-land beschrittene Weg nicht nur von orthodoxen Wirtschaftsstrategien, sondern auch von autoritären Politikkonzepten diktiert worden ist. Das zeigte sich im Übergang zum Präsidialsystem ebenso wie in der Tatsache, daß man erst dann zur Politik öffent-lich finanzieter Arbeitsbeschaffung überging, als sich damit staatspolitische Vorstel-lungen verbanden, die – seit Papens „Neuem Staat“ – letztlich auf eine Liquidation der Republik hinausliefen<sup>46</sup>.

Zwar zeichnete sich schon unter Brüning die Einsicht ab, daß man allein mit der Politik des knappen Geldes oder durch Lohn- und Sozialabbau das Dilemma nur ver-tiefe und eine innenpolitisch brisante Situation heraufbeschwöre. Der „Nationalen Opposition“ wollte Brüning keinesfalls das Feld überlassen. Über halbherzige Planun-gen für eine aktive Beschäftigungspolitik kamen er und seine Berater aber nicht hin-aus. Das Festhalten an der Deflations-, Lohn- und Sozialabbaupolitik führte ihn immer mehr auf die abschüssige Bahn der Notverordnungen und der Aushöhlung des Parlamentarismus. Die industriellen Führungsschichten haben diesen Kurs nicht nur unter-stützt, sondern seit Ende 1929 geradezu herausgefördert.

<sup>43</sup> Vgl. Bernd Weisbrod, Die Befreiung von den „Tariffesseln“. Deflationspolitik als Krisenstrate-gie der Unternehmer in der Ära Brüning, in: GG 11 (1985) 295–325.

<sup>44</sup> Vgl. Die Kabinette Brüning 1488 ff.

<sup>45</sup> Vgl. Michael Wolffsohn, Industrie und Handwerk im Konflikt mit staatlicher Wirtschaftspoli-tik? Studien zur Politik der Arbeitsbeschaffung in Deutschland 1930–1934 (Schriften zur Wirt-schafts- und Sozialgeschichte 30, Berlin 1977) 188–193.

<sup>46</sup> Vgl. Avraham Barkai, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933–1945 (Frankfurt a. M. 1988) 42–67; Gottfried Plümpe, Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise. Realität und Alternativen, in: GG 11 (1985) 326–357.

Ich bin weit davon entfernt, schematische Vorstellungen eines geschlossenen Szenarios für eine Diktatur oder gar von einem industriellen „Faschisierungskurs“ wiederbeleben zu wollen. Aber daß seit der Jahreswende 1929/30 langgehegte und zuvor auf die parlamentarische Republik gerichtete „Reform“-Pläne zur „Sanierung“ von Wirtschaft, Staat und Finanzen auf zunehmend autoritarem Wege und nunmehr ohne Rücksicht auf Gewerkschaften, Sozialdemokratie, Sozialstaatskompromisse und den Bestand der Republik eingebracht und durchgesetzt wurden, das kann angesichts der ja weit über die RDI-Denkschrift „Aufstieg oder Niedergang?“ hinausreichenden empirischen Befunde<sup>47</sup> nicht mehr ernsthaft bestritten werden. Das deflationäre Konzept tendierte nunmehr zunehmend zu autoritären Lösungen.

Nicht zufällig verdichtete sich in jenen Wochen die Forderung, von den Möglichkeiten der Reserveverfassung im Sinne des Artikels 48 oder gesetzlicher Ermächtigung Gebrauch zu machen, wie sie etwa Kastl am 1. März 1930 erhob<sup>48</sup>. Das erzeugte zweifellos entsprechenden Handlungsdruck. Der Vermutung H. A. Turners, man habe im industriellen Lager diesen Weg zunächst nicht beschreiten wollen, weil man Irritationen im Ausland befürchtete, steht die offenkundige Befürchtung gegenüber, das Ausland könne wegen unsicherer wirtschaftlicher und finanzieller Verhältnisse zum Anleihestop veranlaßt werden, weshalb man gerade rigorose Sanierungsmaßnahmen jenseits des parlamentarischen Kräftespiels verlangte.

Bei der Liquidation der Inflation und bei der Stabilisierung der Weimarer Republik 1923/24 hatte sich das Deflationskonzept zweifellos bewährt. Es war aber bereits damals – wenn auch nur zeitweise – auf autoritarem Wege durchgesetzt worden und seitdem mit dem Odium antidemokratischer und antisozialer Politik behaftet. In kritischen Situationen – wie um die Jahreswenden 1925/26 und 1927/28 – flackerte diese Kombination erneut im großindustriellen Kalkül auf. Nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise und der Ratifizierung des Youngplanes verlangte man unmißverständlich nach einer „starken Hand“ zur Umsetzung dieses Konzeptes. Da sich die Große Koalition dazu außerstande erwies, arbeiteten maßgebliche Kreise der Industrie tatkräftig auf eine rein bürgerliche und parlamentsunabhängige Regierung hin. Sie trugen damit erheblich zum Sturz der Großen Koalition und zum Präsidialregime bei. Bei allen Konflikten und Protesten gegen auch sie einschränkende Maßnahmen haben sie den Notverordnungskurs weitgehend akzeptiert und zu verschärfen gesucht. Damit wurden auch die politischen Gründungskompromisse der Republik preisgegeben, nachdem man den Sozialstaatskompromiß – trotz gelegentlicher Arbeitsgemeinschaftsverhandlungen wie im Sommer 1930<sup>49</sup> – längst aufgekündigt hatte.

<sup>47</sup> Vgl. u.a. Veröff. RDI 49, 50 (1929); BA Kobl., NL 13, Bd. 320, Bd. 457, Bl. 112 f., 123 ff.; Politik und Wirtschaft 35–38, 43–46, 55 f., 67–71, 76 f., 82 f., 86 f.; BA Kobl., Außenstelle Potsdam, Deutsche Reichsbank, Nr. 1857, Bl. 50, 146; Die Reform der Sozialversicherung – eine Schicksalsfrage des deutschen Volkes. Vorschläge der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (Berlin 1930); Der Arbeitgeber 20 (1930) 84–88; Anm. 22.

<sup>48</sup> Vgl. Politik und Wirtschaft 70.

<sup>49</sup> Vgl. ebd. 212–238, 260–263; Udo Wengst, Unternehmerverbände und Gewerkschaften in Deutschland im Jahre 1930, in: VfZ 25 (1977) 99–119; Reinhard Neebe, Unternehmerverbände und Gewerkschaften in den Jahren der Großen Krise 1929–33, in: GG 9 (1983) 302–330.

Wenn J. W. Reichert vom Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller Ende Mai 1930 im Reichstag erklärte, es sei eine völlige Abkehr von dem bisherigen Wirtschafts- und Finanzsystem nötig, an dem sich Sozialdemokratie und Parlamentarismus versündigt hätten<sup>50</sup>, so sprach er damit nicht nur seinen deutschnationalen Gesinnungsgenossen aus dem Herzen. Er brachte eine verbreitete Stimmung zum Ausdruck, die auch von den Repräsentanten der Spartenverbände geteilt wurde. Nicht viel anders äußerten sich vor den RDI-Führungsgremien Silverberg im Juni 1930, als er meinte, das „System, das man sechs Jahre lang ertragen habe, gehe jetzt zu Grabe“<sup>51</sup>, oder Kastl nach der Reichstagswahl vom September 1930 mit seiner Forderung nach einem „radikalen Reformprogramm“ auf keinen Fall im Rahmen einer neuen Großen Koalition<sup>52</sup> und im September 1931 mit seiner Kritik an der falschen politischen Führung der Vergangenheit<sup>53</sup>. Das sich abzeichnende Scheitern Brünings erklärte der Deutsche Industrie- und Handelstag im Dezember 1931 nicht etwa aus einer fehlgeschlagenen Strategie, sondern mit halbherzigen Maßnahmen einer zögernden, „evolutionären Führung“<sup>54</sup>. So wandte man sich schließlich auch von Brüning ab und Papen zu, dem man das in Münster verkündete Wirtschaftsprogramm regelrecht zuarbeitete<sup>55</sup>.

In dem Maße, in dem sich das Wirtschafts-, Finanz- und Staatsdilemma vertiefte und die NS-Bewegung anwuchs, richtete sich die großindustrielle Suche nach Auswegen auch auf die NSDAP, ohne daß damit die Differenzen gegenstandslos wurden. Die Eskalation des autoritären Stabilisierungsweges – der sich für die Republik als ein Destabilisierungsweg erwies – und die großindustrielle Forderung nach einem „stabilen Regierungsfundament“ schlossen zweifellos die Variante ein, dafür auch die NSDAP heranzuziehen, vorausgesetzt, es gelänge, sie ihrer vermeintlichen oder tatsächlichen antikapitalistischen Züge zu entkleiden. Man wollte den Nationalsozialismus in die Staatsverantwortung bringen und deshalb seine „intransigente“, „allzu radikale Strömung“ abbiegen<sup>56</sup>, das „Nationale“ der Bewegung anerkennen und fördern, das „Sozialistische“ hingegen bekämpfen<sup>57</sup>.

Das war nicht nur eine Frage des politischen Kalküls. Das Interesse an der NS-Bewegung und die Abwehr ihrer „linken“ Tendenzen hingen auch mit der geistigen Krise des kapitalistischen Systems zusammen. Mit Sorge betrachtete man die rapide anwachsenden antikapitalistischen Stimmungen weiter Bevölkerungskreise, namentlich der Jugend. Industrielle und Verbände ergriffen vielfältige Maßnahmen, um das „öffentliche Unternehmerbild“ aufzuwerten, den Vorteil der Privat- gegenüber der Planwirtschaft zu betonen und das kapitalistische Wirtschaftssystem „ethisch zu

<sup>50</sup> Vgl. BA Kobl. R 13 I (VDESI), Nr. 612, Bl. 80–83.

<sup>51</sup> Vgl. Politik und Wirtschaft 256.

<sup>52</sup> Vgl. ebd. 393–397.

<sup>53</sup> Vgl. ebd. 957.

<sup>54</sup> Vgl. BA Kobl. R 43 I, Nr. 2375, Bl. 447–453.

<sup>55</sup> Vgl. BA Kobl. NL 13, Nr. 249, Bl. 121–130, 136–142; Die Republik von Weimar, 2 Bde., hrsg. v. Jens Flemming u.a. (Athenäum-Droste-Taschenbücher 7224/7225, Königstein/T., Düsseldorf 1979) 330 ff.

<sup>56</sup> F. Springorum am 22.3.1932 an T. v. Wilmowsky, in: Politik und Wirtschaft 1352 ff.

<sup>57</sup> P. Reusch am 17.4.1932 an M. Blank, in: ebd. 1385 f.

unterbauen“<sup>58</sup>. Zwar empfahl sich die NS-Bewegung als Garant des Privateigentums gegen „Bolschewismus“ und „Marxismus“, blieb aber selbst in den Grundfragen des Eigentums und der Wirtschaftsform programmatisch höchst unbestimmt. Deshalb versuchten die Industriellen, auf die NS-Wirtschaftsprogrammatik einzuwirken, gingen auf Distanz zu „ständischen“ Ideen und wandten sich vor allem gegen das auf Dirigismus und Arbeitsbeschaffung ausgerichtete NSDAP-„Sofortprogramm“ vom Mai 1932. Dessen Rücknahme und das Zurückdrängen „linker“ Tendenzen in der NSDAP wirkten sich zweifellos entkämpfend auf das Verhältnis zur Großindustrie aus.

Als bloße Abwehrreaktionen kann man dieses großindustrielle Verhalten gegenüber der NSDAP aber wohl kaum bewerten. Sicher gab es eindeutige Abwehrhaltungen. Manche Industrielle sahen – wie Arnold von Borsig – in den Nationalsozialisten nur „Bolschewisten mit nationaler Fahne“ und meinten, daß Diktaturen jedweder Art zivilisierte Länder wie Deutschland ruinieren würden<sup>59</sup>. Sie hielten nichts von dem Versuch, der sozialistischen mit einer nationalsozialistischen Ideologie, der revolutionären Gefahr von links mit einer revolutionären Bewegung von rechts zu begegnen.

Doch dürfte mit fortschreitender wirtschaftlicher und politischer Krise die Zahl der gewachsenen sein, die – wie die Gutehoffnungshütte-Denkschrift vom Juli 1930 über eine der Reupke-Broschüren<sup>60</sup> – die Risiken, Vor- und Nachteile der NS-Bewegung und ihrer Machtbeteiligung nüchtern kalkulierten und sich darauf konzentrierten, die „unternehmerfeindlichen Tendenzen“ in der NSDAP zurückzudrängen und den als regierungsfähig empfundenen Hitler-Flügel zu stärken<sup>61</sup>. Insgesamt verhielten sich diese Großindustriellen nicht viel anders als die politischen Entscheidungsträger um Hindenburg, Brüning, Papen oder Schleicher, was nichts daran ändert, daß ihnen letztlich das „Zähmungskonzept“ aus den Händen glitt.

Mittlerweile ist wohl auch klar geworden, daß sich die allgemeine Suche nach Auswegen aus der verfahrenen Situation nach den Sommer- und Herbstwahlen 1932 nicht nur auf den industriellen „Wunschkanzler“ Papen, sondern in zunehmendem Maße auch auf eine Regierungsbeteiligung Hitlers bezog. Die vielbeschworene Alternative Papen – Hitler erweist sich angesichts des nicht mehr zu bestreitenden Doppelspiels Papens ebenso als eine Fiktion wie die Annahme, die Industriellen hätten hinter Schleicher gestanden, um ein Hitler-Kabinett zu verhindern. Man wird das Verwirrspiel der Jahreswende 1932/33 bei zudem schlechter Quellenlage wohl niemals völlig aufhellen können und immer auch auf Symptombeweise und Vermutungen angewiesen sein. Und hier ist schon gar nicht der Platz, ins Detail zu gehen. Deshalb möchte ich mich auf wenige Bemerkungen beschränken.

Weder für den Reusch-Kreis der westlichen Schwerindustrie noch für die Berliner Reichsverbandsspitze läßt sich eine direkte Beteiligung am Intrigenspiel der Jahreswende 1932/33 nachweisen. Doch war man – soweit das die kaum durchschaubare Situation überhaupt noch zuließ – gut informiert und bemüht, das Geschehen in ge-

<sup>58</sup> A. v. Borsig am 30.9.1930 an L. Ziegler, in: StaB Bo, Nr. 148/II, Bl. 391 ff.

<sup>59</sup> A. v. Borsig am 30.8.1930 an L. Ziegler, in: ebd. Bl. 395 f.

<sup>60</sup> Abgedruckt in: Stegmann, Kapitalismus 76 ff.

<sup>61</sup> Vgl. Der Arbeitgeber 20 (1930) 404 ff.

wünschte Bahnen zu lenken. In dem vom industriell-agrarischen Konflikt überlagerten Interessen- und Haltungsgefüle fällt durchweg die scharfe Distanz zum Schleicher-Kabinett auf. Der Reichsverband machte da – entgegen anderslautender Vermutungen und Interpretationen – keine Ausnahme. Von der Hauptausschußtagung am 14. Dezember 1932 über Herles Neusser Vortrag vom 2. Januar 1933 und die Äußerungen aus Silverbergs Umkreis bis zur Aussprache Krupp-Schleicher am 12. Januar und der Präsidiumstagung am 19. Januar zieht sich die Kritik an der von dieser Regierung ausgehenden „Beunruhigung“ der Wirtschaft ebenso wie die ambivalente Forderung nach einer „Regierung mit festem, geradlinigem Kurs“ durch alle Stellungnahmen. Viel weniger eindeutig ist auszumachen, wie man sich denn nun eine solche Regierung vorstellte. Die Ereignisse im Umfeld der Kölner Papen-Hitler-Beratung vom 4. Januar und Ende Januar deuten ebenso wie das industrielle Engagement etwa für das am 18. Januar gegründete Carl-Eduard-Kuratorium auf das Bemühen um eine – gemessen an industriellen Interessen – möglichst wenig risiko- und problembehaftete Regierung der „Nationalen Konzentration“ hin. Deren Zusammensetzung und Schlüsselfiguren waren zweifellos höchst strittig. Doch richteten sich die Befürchtungen – so die Interventionen Kastls Ende Januar – wohl weniger gegen Hitler als gegen den „Einrahmer“ Hugenberg und gegen eine Neuauflage der „Harzburger Front“, demgegenüber man sogar das Kabinett Schleicher als das kleinere Übel ansah<sup>62</sup>.

Abschließend sei noch in gebotener Kürze auf das vielfach diskutierte Problem eingegangen, welchen Einfluß Interessengegensätze und Konflikte auf die politische Willensbildung in der Industrie hatten. Die Differenzen und Gegensätze im industriellen Lager sind nicht zu bestreiten. Sie waren im Industriebereich viel stärker ausgeprägt als im Agrarsektor, wo mit sich verschlechternder Lage die gemeinsamen „berufsständischen“ Interessen stärker hervorgekehrt wurden, ohne allerdings den Agrariern immer auch zu größerer politischer Durchschlagskraft zu verhelfen. Fraglich ist aber, ob die Gegensätze die industriellen Eliten in der Weimarer Staatskrise politisch blockierten. M. E. wird die These, die Gegensätze hätten die Industrie in einem Maße fragmentiert und gespalten, das sie letztlich politisch lähmte, und daß nur bei einer so gespaltenen und gelähmten Industriefront Brüning und seine Nachfolger autoritär regieren und Hitler 1933 an die Macht kommen könnten<sup>63</sup>, nicht den Tatsachen gerecht. Zumindest scheint es mir einseitig und kurzsichtig zu sein, von „fragmentierten Eliten“ auf „politische Ohnmacht“ zu schließen.

Die Interessengegensätze und politischen Differenzen haben – wenn auch in unterschiedlichem Grade – die Geschichte des industriellen Unternehmertums durchweg begleitet, ohne es an Interessenvertretung und politischem Handeln zu hindern. So läßt sich auch für die Zeit der Präsidialkabinette weder eine geschlossene politische

<sup>62</sup> Vgl. zu den Vorgängen um die Jahreswende 1932/33 im einzelnen Neebe, Großindustrie 148–152, 171–176; Turner, Großunternehmer 375–392 sowie auch die nach der Untersuchung Turners erschienenen Arbeiten von Heinrich Muth, Das „Kölner Gespräch“ am 4. Januar 1933, in: GWU 37 (1986) 463–480, 529–541; Manfred Asendorf, Hamburger Nationalklub, Keppler-Kreis, Arbeitsstelle Schacht und der Aufstieg Hitlers, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 2 (1987) 106–150; zum Carl-Eduard-Kuratorium vgl. BA Koblenz, Außenstelle Potsdam, NL Geib, Nr. 1, Bl. 330–359.

<sup>63</sup> Vgl. Neebe, Großindustrie 201.

Willensbildung „der“ Industrie noch eine durch Branchengegensätze hervorgerufene politische Lähmung nachweisen. Die Konflikte hinderten die industriellen Interessenvertreter keineswegs am Handeln. Das zeigte sich in den Auseinandersetzungen um die Arbeitsgemeinschaftspolitik im Sommer 1930 ebenso wie Ende 1930, als sich der Bochumer Bergbauverein mit dem Gedanken trug, aus dem RDI auszutreten, oder in den anderen, quellenmäßig recht gut erschlossenen Situationen, von denen bereits die Rede war. Es trifft aber bei ungünstiger Quellenlage – die natürlich immer Raum für Thesenbildung und Spekulation gibt – offenkundig auch auf die Jahreswende 1932/33 zu.

Die Gegensätze waren bei weitem nicht nur ein Hindernis, sondern auch eine Quelle politischen Handelns. Der Zwang zum Ausgleich und die Notwendigkeit, entgegengesetzte Positionen zurückzudrängen, haben die politische Entschlußkraft und Durchsetzungsfähigkeit der großen Industrieverbände weniger blockiert als gestärkt. Die politische Rolle namentlich der Spaltenverbände beruhte geradezu auf diesen Funktionen und auf den sich daraus ergebenden Richtlinienkompetenzen. Die tatsächliche Entwicklung stützt keineswegs die verbreitete Ansicht, diese Spaltenverbände seien durch die Gegensätze neutralisiert und blockiert gewesen oder hätten sui generis eine „gemäßigte“ Politik betrieben. Zwar mäßigte man sich im Ton, nicht aber in der Sache. So waren sich etwa Reusch und Kastl im September 1931 grundsätzlich völlig darüber einig, fortan eine intransigente Politik gegenüber Brüning und den Gewerkschaften einzuschlagen<sup>64</sup>. Nur über die Art und Weise des Vorgehens gab es Differenzen. Man sollte sich auch von der Vorstellung freimachen, die die Führungen der Spaltenverbände als Spielbälle und Objekte der Interessenpolitik einzelner, vor allem schwerindustrieller „Vetogruppen“ ansieht<sup>65</sup>. Sie übersieht die eigenständigen Aktionen der Spaltenverbände, die oft genug den Protest der um ihre Sonderinteressen fürchtenden Einzelgruppen hervorriefen.

Natürlich neigten viele Schwerindustrielle infolge ihrer Traditionen und der nach 1918 erlittenen Einbußen zu besonders intransigenten Haltungen. Dies bedeutete aber noch lange nicht, daß sie damit auch besondere politische Wirksamkeit erlangten. Auch wird eine ausschließlich auf Branchengegensätze fixierte Sicht keineswegs den Gesamtkonstellationen, den Binnenstrukturen in den einzelnen Industriezweigen und -regionen sowie dem komplizierten Mechanismus gerecht, über den sich wirtschaftliche Interessen politisch umsetzten. Die Spaltungen im industriellen Lager waren vielfältiger Natur und reduzierten sich nicht auf Branchengegensätze. Alle vorwiegend an solchen Gegensätzen orientierten Gruppen- und Fraktionsvorstellungen – vom Monopolgruppenmodell Kuczynskis und Gossweilers bis zu den Gruppierungsmodellen Stegmanns und Abrahams – haben sich letztlich als relativ willkürliche Konstruktionen erwiesen.

Auch ignorierten sie die scharfen Gegensätze zwischen dem „big business“ und der „mittelständischen Industrie“. Letztere ist – zumindest für die Zeit der Weimarer Republik – äußerst mangelhaft untersucht. Mit Recht hat H. A. Turner auf die Not-

<sup>64</sup> Vgl. Politik und Wirtschaft 944f., 950f., 963, 966f.

<sup>65</sup> Vgl. Weisbrod, Schwerindustrie 215–245.

wendigkeit, die dort auftretenden politischen Tendenzen zu beachten, und auf die überdurchschnittlich großen NS-Erfolge unter „mittelständischen“ Industriellen aufmerksam gemacht. Ich kann aus eigener Quellenkenntnis des sächsisch-thüringischen Raumes das, was er vor allem für das rheinisch-westfälische Revier ausgeführt hat, nur bestätigen.

Sicher zeigte sich auch hier ein insgesamt differenziertes Bild. Und man sollte sich davor hüten, die „mittelständischen“ Industriellen stärker mit der NS-Bewegung in Verbindung zu bringen, als dies tatsächlich der Fall war. Zudem verhielt sich die Masse dieser Industriellen politisch meist indifferent. Doch gab es unter der tendenziell benachteiligten, von Krieg und Kriegsfolgen arg betroffenen, von den Modernisierungsprozessen weitgehend ausgegrenzten, folglich verunsicherten und politisch labilen „mittelständischen“ Industrie ausgeprägte Affinitäten zu „ständischen“ Ideen, rechtskonservativer und nationalsozialistischer Ideologie. Die Grauzone zwischen Konservatismus und Nationalsozialismus wurde vor allem von solchen Kapitalkreisen belebt, während Großindustrielle dem oft wirren Organisationswesen und der vielfältigen Publizistik dieser Zone eher mit Skepsis begegneten.

Sofern sich „mittelständische“ Industrielle und ihre meist regionalen Interessenverbände politisch artikulierten, geschah dies meist in sehr unversöhnlicher Weise gegenüber Parlamenten, Regierungen und industriellen Spitzenverbänden. Die häufigen Konflikte etwa zwischen dem Verband Sächsischer Industrieller und dem RDI zeigen dies ebenso wie die Chemnitzer, Elberfelder und Münchner „Not“-Kundgebungen Anfang 1931, die von Brüning die „schnelle, erlösende Tat“ und einen sofortigen „Systemwechsel“ verlangten<sup>66</sup>. Gerade dort, wo diese Intransigenz auf krisenbedingte materielle Einbußen zurückzuführen war, berührte sie sich mit den entsprechenden Haltungen und der Opposition schwerindustrieller und agrarischer Gruppen.

Ein Fazit aus den hier vorgetragenen Überlegungen, Thesen und Argumenten zu ziehen, wäre wohl vermessen. Die Dinge stellen sich doch zu differenziert und zu kompliziert dar, als daß man sie auf einen Nenner bringen könnte. Vieles bedarf zudem noch genauerer Untersuchung. Von einheitlichem politischem Wollen industrieller Führungsschichten in der Weimarer Staatskrise kann ebensowenig die Rede sein wie von einer industriell gesteuerten Aktion, die Hitler an die Macht brachte. Daß aber eine fragmentierte, durchweg ökonomisch geschwächte und politisch gelähmte Großindustrie im Abseits des dramatischen Geschehens der Weimarer Staatskrise und der Jahreswende 1932/33 stand, das ist eine These, von der man sich angesichts der Forschungsbefunde doch verabschieden sollte.

<sup>66</sup> Vgl. Veröffentlichungen des Verbandes Sächsischer Industrieller 63 (1931); BA Koblenz, Außenstelle Potsdam, Reichswirtschaftsministerium, Nr. 20470, Bl. 3–28.

